



**Gianni D'Amato.** *Vom Ausländer zum Bürger: Der Streit um die politische Integration von Einwanderern in Deutschland, Frankreich und der Schweiz.* Münster: LIT Verlag, 2001. 283 S. EUR 25,00 (broschiert), ISBN 978-3-8258-5413-3.



Reviewed by Regula Argast

Published on H-Soz-u-Kult (February, 2002)

## G. D'Amato: Vom Ausländer zum Bürger

Nach wie vor sind Staatsbürgerrechte - und ganz besonders die politischen - an die Staatsangehörigkeit gebunden. Sie entscheiden in modernen Gesellschaften massgeblich über die Chancen und Handlungsspielräume der darin lebenden Menschen. Während die Religion oder der Zensus schon im 19. Jahrhundert als Kriterium für die Zuschreibung von Rechten an Bedeutung verloren haben, hat sich das Ausschlusskriterium Nationalität bis heute hartnäckig gehalten. Die rechtliche Exklusion aufgrund der Nationalität ist aber im Hinblick auf das Wiedererstarken des Nationalismus seit 1989 und im Hinblick auf die heutigen Einwanderungsgesellschaften, in denen Langzeitresidierende eine wachsende Minderheit darstellen, brisanter denn je. Diese Form des Ausschlusses untersucht Gianni D'Amato in seiner 1998 verfassten und im Jahr 2001 als Band 5 der Reihe „Region - Nation - Europa“ erschienenen Dissertation „Vom Ausländer zum Bürger“. Am Beispiel der italienischen Arbeitsmigration nach Deutschland, Frankreich und der Schweiz setzt er sich zum Ziel, in Form einer historisch-soziologischen Rekonstruktion der Immigration in den westlichen Industriestaaten den Mechanismen auf die Spur [zu] kommen, die eine Inklu-

sion ermöglichen und durchsetzen können (S. 6). Seine zentrale Prämisse lautet, dass Rechte nicht national eingegrenzt werden können, haben Migranten doch zuerst soziale und später zivile Rechte erwirkt, während sie sich nun mit der Hälfte der politischen Rechte konfrontiert sehen (S. 4). Diese gelte es zu überwinden. Deshalb, so D'Amato, misst sich der Gehalt von Demokratien nicht nur an der Gewährung der Rechte für Staatsangehörige, sondern auch an der Ausweitung der Demokratie auf nicht nationale Mitglieder (S. 4). Politische Rechte für Langzeitresidierende und eine liberale Einbürgerungspolitik - beides Massnahmen, die die demokratische Basis erweitern -, bewertet der Verfasser denn auch als Präzesteine für heutige Demokratien. Dabei lässt er es aber nicht bei der Untersuchung der Einwanderungsänder bewenden. Die Arbeit würde dem von ihm vertretenen Primat des Politischen nicht gerecht, wäre sie nicht auch die politischen Handlungsspielräume und das politische Handeln der Immigranten in den Blick nehmen, eine Perspektive, die von der Forschung bislang vernachlässigt wurde.

Nach einleitenden Worten zum Zusammenhang von Migration, Staatsbürgerschaft und Nationalität in Kapitel eins zeichnet D'Amato im zweiten und dritten Kapitel die unterschiedlichen Paradigmen der sozialwissenschaftlichen, insbesondere US-amerikanischen Migrationsforschung nach. Neben den 1920 vorherrschenden „Push-und-Pull-Theorien“, die die Ursache von Migrationsbewegungen in einem sozialen Ungleichgewicht verorteten, ist die Diskussion bis 1950 vom Assimilationsbegriff der Chicagoer Schule geprägt worden. Damit habe Robert E. Park dem in den 1920er Jahren von der US-Regierung vertretenen Rassismus ein Paradigma entgegengesetzt, das auf die „Chance zur Interaktion zwischen Neuankömmlingen und Gastgesellschaft“ (S. 247) aufmerksam gemacht habe. Gleichwohl, so der Autor, sei dieses zu kritisieren, denn die Theorie der Assimilation gründende auf der Vorstellung der kulturellen Differenz und dem Modernitätsgefülle zwischen Herkunfts- und Einwanderungsgesellschaft, woraus schliesslich die Annahme eines grundsätzlichen Defizits der Migranten resultiert.

Nach 1950 sind die Ursachen für die Migration vielfach im globalen kapitalistischen System erkannt und - in Abweichung zur Assimilationstheorie - strukturelle und konflikttheoretische Modelle konzipiert worden. Diesen habe die Auffassung zugrunde gelegen, dass die Auswanderung den Druck auf ökonomische und politische Veränderungen in den Herkunftsländern vermindert, während in den Einwanderungs ländern das Kapital mit billigen Arbeitskräften versorgt wird (S. 17). Auch diese strukturalistischen Modelle unterzieht D'Amato der Kritik; die Abstützung auf ökonomische Prozesse sei zu einseitig erfolgt.

Weiter geht der Verfasser auf die seit den 1980er Jahren neu hinzugekommenen Migrationstheorien ein, denen das von James H. Hollifield formulierte liberale Paradoxon zugrunde liegt: obwohl die Regierungen hinsichtlich des eigenen Arbeitsmarktes relativ frei über die Immigranten verfügen können, seien letztere in westlichen Demokratien doch nicht völlig rechtlos. Die Theorie der sozialen Bewegung setzt sich denn auch mit dem Kampf um Rechte auseinander. Sie gehe von der These aus, dass gerade der staatsbürgерliche Ausschluss aufgrund ethnischer Kriterien verbindend wirkt und zu kollektivem Handeln der Immigranten führt. Um Aussagen zum Handlungsrepertoire von ausländischen Bürgerrechtsorganisationen machen zu können, müssen allerdings die jeweilige politische Chancenstruktur der aktiven Migranten berücksichtigt werden, die stark vom Einwanderungsland geformt werde. Eine andere Theorie befasst sich mit der multikul-

turellen Gesellschaft. Sie postuliere eine Verschiebung des Defizitparadigmas zum Paradigma der Differenz als Chance. D'Amato situiert seine Forschung in dieser Tradition. Der von ihm vertretene Universalismus gehe aber über die multikulturelle Theorie hinaus, indem dieser - trotz der „Kultur des Unterschieds“ (S. 248) - auf einer rechtlichen Gleichheit beharre.

Gemäß dem englischen Historiker und Soziologen Thomas H. Marshall unterteilt D'Amato im vierten Kapitel die staatsbürglerlichen Rechte in zivile, soziale und politische Rechte. In Abkehr zur Marshallschen, national determinierten Konzeption von Staatsbürgerschaft verlangt D'Amatos Verständnis der Integration nämlich der formalen Ausweitung gleicher Rechte und gleicher Chancen auf alle Einwohner (S. 50). Die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre habe in diese Richtung gewiesen: obwohl Einwanderungsländer wie Deutschland, Frankreich und die Schweiz sich bisher nicht als solche verstanden hätten, habe sich deren Selbstverständnis durch die Langzeitresidenz der Immigranten insofern verändert, dass sie den Einwanderern verschiedene Rechte gewährt haben. Allerdings kommt nicht nur den staatsbürglerlichen Rechten, sondern auch der Staatsangehörigkeit eine wichtige Bedeutung bei der Integration von Immigrantinnen und Immigranten zu. Indem der Autor die Entwicklung der Staatsangehörigkeit in Deutschland, Frankreich und der Schweiz nachzeichnet, wird deutlich, wie diese durch Zuschreibung oder Einbürgerung den Zugang zum Territorium unterschiedlich kontrolliert und die Integration der Fremden im Land gefährdet beziehungsweise verhindert hat.

Das problematische Verhältnis der westlichen Wohlfahrtsstaaten zu den darin arbeitenden Einwanderern, die Abhängigkeit Italiens von den europäischen Arbeitsmärkten nach 1945, seine damit verbundene Auswanderungspolitik sowie die Organisationen der italienischen Arbeitsmigranten im Ausland bilden die Themen des nächsten Kapitels. Durch den zeitlich befristeten Einsatz seien die Einwanderer als Konjunkturpuffer missbraucht worden. Dabei habe die italienische Regierung trotz entsprechender Anstrengungen nicht erreicht, dass die Beschäftigungspolitik von den einzelnen Nationalstaaten abgekoppelt und gesamteuropäisch koordiniert wird. So hätten die entstandenen Lücken auf den nationalen Arbeitsmärkten durch die Einwanderer auf Zeit geschlossen werden können, nachdem der Wohlfahrtsstaat den einheimischen Arbeitern ein gewisse soziale Mobilität ermöglicht habe. Insofern scheine die Migration eine Lösung für die durch den nationalen Wohlfahrtsstaat eingeschränkte Flexibilität auf

dem Arbeitsmarktâ zu sein, allerdings nur solange die auslÄ¤ndischen Arbeiter keine sozialen Rechte besitzen. Da die Migranten aber im Gastland geblieben sind, haben sie auch damit begonnen, âdessen soziale Infrastruktur zu benutzenâ (S. 68). Diese hat sich fÃ¼r die neuen AnsprÃ¼che als ungeeignet erwiesen, was auf diskursiver Ebene zur âFremdenfrageâ und den damit verbundenen Forderungen nach einer Reduktion der AuslÄ¤nderzahl gefÃ¼hrt habe. âGegenÃ¼ber der Xenophobie als naturalistische[r] Ideologie des Ausschlussesâ (S. 75) hÃ¤tten die zahlreichen italienischen Organisationen im Ausland zwar Schutz geboten, im Kampf um die politische Integration seien sie aber machtlos geblieben. Dass sie die Integration der Immigrantinnen und Immigranten aber gerade auch aktiv verhindert haben, wird vom Autor unterbewertet.

Die Kapitel sechs bis acht bilden das KernstÃ¼ck von DâAmatos Untersuchung. Dort analysiert er die Entwicklung der zivilen Rechte fÃ¼r Immigranten und den Kampf der italienischen Einwanderer um soziale (arbeitszentrierte, gewerkschaftlich-soziale Rechte und Bildung) sowie politische Rechte (Wahlrecht fÃ¼r AuslÄ¤nder), die erleichterte EinbÃ¼rgerung und die doppelte StaatsbÃ¼rgerschaft. Den Umgang von Deutschland, Frankreich und der Schweiz mit der wirtschaftlich willkommenen Einwanderung veranschaulicht der Verfasser am Beispiel der verschiedenen Anwerbeabkommen mit Italien und der wechselnden AuslÄ¤ndergesetze in den einzelnen LÄ¤ndern.

DâAmato kommt unter anderem zum Schluss, dass die GewÃ¤hrung sozialer Rechte fÃ¼r langzeitresidierende Arbeitsmigranten nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland, Frankreich und der Schweiz konvergent erfolgt sei. Beim Kampf um diese Rechte hÃ¤tten in Deutschland die Gewerkschaften schon frÃ¼h eine wichtige Rolle gespielt, wÃ¤hrend in Frankreich âeher die demokratische Logik der liberalen politischen Strukturen zum Einbezug der Migranten in den Sozialstaatâ (S. 249) gefÃ¼hrt habe. Hingegen seien die Immigranten in der Schweiz vor 1970 in der MentalitÃ¤t der geistigen Landesverteidigung von den Gewerkschaften ausgeschlossen geblieben. BezÃ¼glich der Bildung zeichne sich in allen drei LÄ¤ndern ein Ã¤hnliches Bild. Nicht nur die Schulleistungen der Kinder von Migrantinnen und Migranten seien schlechter als die der einheimischen Kinder, DâAmato konstatiert auch eine âsystematische Benachteiligung von Migrantenkindernâ (S. 250). Konvergierend sei in den drei LÄ¤ndern auch die Entwicklung der zivilen Rechte seit den 1970er Jahren verlaufen, aufgrund derer die Migranten sich âals BÃ¼rgerâ (S. 250)

fÃ¼r ihre weitere Inklusion haben einsetzen kÃ¶nnen.

DemgegenÃ¼ber wÃ¤rden sich Deutschland, Frankreich und die Schweiz bezÃ¼glich des politischen Einbezuges der Migranten unterscheiden, und dies âtrotz Ã¤hnlicher Diskurseâ (S. 250). Die EinbÃ¼rgerung werde beispielsweise von Frankreich am liberalsten gehandhabt, in Deutschland sei sie in den letzten Jahren freiheitlicher gestaltet worden. Die erleichterte EinbÃ¼rgerung fÃ¼r die zweite Generation existiert auf Bundesebene in der Schweiz hingegen bis heute nicht. Der Autor sieht den Grund dafÃ¼r im âsonst wertvolle[n] FÃ¶deralismusâ, der âin dieser Frage nur die Herrschaft der reinen WillkÃ¼râ (S. 251) anzubieten habe. Die doppelte StaatsbÃ¼rgerschaft ist in Deutschland jedoch noch immer problematisch, wÃ¤hrend sie in der Schweiz 1990 eingefÃ¼hrt worden ist. Und schliesslich sei das lokale Wahlrecht fÃ¼r Migrantinnen und Migranten in allen drei LÄ¤ndern - trotz entsprechender VorstÃ¶sse - nach wie vor nicht mehrheitsfÃ¤hig.

Gianni DâAmato hat mit seiner Untersuchung eine grundlegende Studie zur staatsbÃ¼rgerlichen, insbesondere politischen Integration von Einwanderern in Deutschland, Frankreich und der Schweiz erarbeitet. Innovativ ist die Arbeit deshalb, weil der Verfasser die Immigration mit einer nicht national determinierten, politischen Theorie der StaatsbÃ¼rgerschaft zu verschranken weiss, die gleichzeitig die Bedeutung der politischen Rechte und die Bedeutung der erleichterten EinbÃ¼rgerung fÃ¼r die politische Integration von Einwanderern deutlich macht. Zudem lÃ¤sst er dem bisher von der Forschung vernachlÃ¤ssigten Handeln der Migranten einen hohen Stellenwert zukommen. Fraglos unterstÃ¼tzt die Schreiberin den integralen rechtlichen Einbezug ansÄ¤ssiger Migrantinnen und Migranten in die Gesellschaft. Zu diskutieren bleibt allerdings die insgesamt implizierte hegemoniale Bedeutung und Bewertung des Politischen. UnverstÃ¤ndlich bleibt, weshalb der Autor jegliche Genderaspekte ausblendet, und dies gerade in einer Studie, die gesellschaftliche Ausschliessungs- und Integrationsprozesse zum Thema hat. Dieser Kritikpunkt scheint mir auch mit dem mÃ¶glichen Hinweis auf die zunÄ¤chst vor allem mÃ¤nnliche italienische Einwanderung nicht entkrÃ¤ftet zu werden.

Positiv zu bewerten ist der historisch-soziologische und vergleichende Ansatz DâAmatos. Durch den doppelten, sowohl geschichtlich als auch Ã¶rtlich distanzierten Blick gewinnt er ein schÃ¤rferes Profil des dynamischen Zusammenhangs zwischen Einwanderung und StaatsbÃ¼rgerschaft, was mit einer herkÃ¶mmlich soziologischen Studie nicht zu erreichen gewesen wÃ¤re.

Wohl gerade aufgrund dieses Ansatzes an der Schnittstelle von Soziologie und Geschichte stellt sich D'Amato zu weiten Teilen auf die Forschungsliteratur; (zeit-)historische Quellen hätten vermehrt die Grundlage der Untersuchung bilden dürfen (eine Ausnahme bil-

det das Kapitel zur Schweiz). Die Synthese des Vergleichs fällt zu knapp aus, dafür bietet die Informationsfülle in den übrigen Kapiteln zahlreiche Anknüpfungspunkte für weiterführende Forschung.

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at:

<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/>

**Citation:** Regula Argast. Review of D' Amato, Gianni, *Vom Ausländer zum Bürger: Der Streit um die politische Integration von Einwanderern in Deutschland, Frankreich und der Schweiz*. H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. February, 2002.

**URL:** <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=16734>

Copyright © 2002 by H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact H-SOZ-U-KULT@H-NET.MSU.EDU.